

Chemnitzer Bündnis gegen Kürzungen

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Ludwig,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Stadtrates von Chemnitz,

am 31. Mai 2010 haben wir uns als „Chemnitzer Bündnis gegen Kürzungen“ gegründet. Ziel des Bündnisses ist es vor allem, den angedachten Kürzungen in den Bereichen schulische Bildung, Hochschulbildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport konsequent entgegenzutreten und selbige zu verhindern, damit den Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Chemnitz ein Stück Lebensqualität und Lebensperspektive erhalten bleibt.

Mit Respekt haben wir Kenntnis genommen von der durch die demokratischen Fraktionen des Stadtrates an den Deutschen Bundestag verabschiedeten Resolution für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen.

Mit diesem Offenen Brief möchten wir Sie auffordern, noch einen Schritt in der Verantwortung, Interessenvertretung und Zivilcourage für unsere Stadt Chemnitz weiter zu gehen und, wenn die Erfüllung der Bund und Land obliegenden Verpflichtung, für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen, anders nicht erreichbar ist, **kommunale Verfassungsbeschwerde zu erheben**.

Artikel 28 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und Art. 87 der Sächsischen Verfassung formen die zu den zentralen Staatsgrundsätzen gehörende kommunale Selbstverwaltung aus, indem Bund und Freistaat den Kommunen als Träger der Selbstverwaltung eine angemessene Finanzausstattung **garantieren**. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass die Kommunen **finanziell so ausgestattet werden müssen**, dass sie neben Selbstverwaltungs- und Weisungsangelegenheiten auch alle maßgeblichen **freiwilligen** Verwaltungsaufgaben zuverlässig zu erfüllen in der Lage sind.

Das steht auch unserer Stadt Chemnitz zu. Das kann sie einfordern! Dass maßgeblich wegen zurückgehender Zuweisungen von Bund und Land, auf Grund der selbst mitverschuldeten Krise, ein Loch in Höhe von ca. 60 Millionen Euro im kommunalen Etat unserer Heimatstadt 2011 klafft, muss nicht hingenommen werden. Die angedachten unerträglichen Kürzungen sind nicht alternativlos.

Wir fordern Sie daher auf, einen entsprechenden Beschluss, gestützt auf Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b Grundgesetz herbeizuführen und auf die Verletzung der Finanzgarantie durch den übergeordneten Bundes- und Landesgesetzgeber mit einer kommunalen Verfassungsbeschwerde zu reagieren.

Wir versichern Ihnen, als Bündnis, für diesen Weg bei den Bürgerinnen und Bürgern intensiv und öffentlich wirksam um Unterstützung zu werben.

Mit solidarischen Grüßen

Chemnitzer Bündnis gegen Kürzungen

Sprecherinnen:

Anna Sieber (StuRa Tu Chemnitz): 0176 56020347, chemnitz-gegen-kuerzungen@online.de

Ulrike Richter (Kulturbeirat Chemnitz): 0177 7652819, 0371 309376, chemnitz-gegen-kuerzungen@online.de

Chemnitzer Bündnis gegen Kürzungen, Mitglieder (Stand 31.5.2010): StuRa TU Chemnitz; DGB RV-Südwestsachsen; Kreiselternrat Chemnitz; Studentenwerk Chemnitz-Zwickau; GEW-KV HuF; MdL Klaus Bartl, DIE LINKE; Ulrike Richter, stellv. Kulturbeiratsvorsitzende Chemnitz; AJZ e.V.; Greenpeace Chemnitz; Bündnis 90/Die Grünen Chemnitz; Attac Chemnitz; Klinke e.V. - QUER BEET; AG In- und Ausländer e.V.; Grüne Jugend Chemnitz; Linksjugend Chemnitz; Kleinkunsttheater FATA MORGANA; Kai Rösler, Stadtrat Chemnitz, Bündnis 90/Die Grünen; Bürgerinitiative Chemnitzer City e.V.; Grüne Hochschulgruppe; dfb LV Sachsen e.V.; Verona Schinkitz, Stadträtin Chemnitz, DIE LINKE; Initiative Bildungstreik